

# Nachrichten für Raunhof

## und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eich, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinstenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Throna usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Raunhof.

Erstausgabe wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, jährlich Mk. 24.—, ohne Austragen. Post einschl. der Postgebühren Mk. 2,75. Im Falle höherer Gewalt, Arktis, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. Amtlicher Teil Mk. 1,50. Reklamezeile Mk. 1,50. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, frühere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausbringern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertraut: Amt Raunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Güng & Gule, Raunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 76

Mittwoch, den 29. Juni 1921

32. Jahrgang

### Amtliches.

#### Stadtgemeinderatsitzung

Donnerstag, den 30. Juni 1921, abends 7 Uhr.  
Tagesordnung befindet sich im Rathsaule am Freil.

#### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Reichspräsident Ebert ist von seiner Erholungsreise wieder in Berlin eingetroffen und hat die Geschäfte übernommen.
- Der auswärtige Ausschuss des Reichstages ist zusammengetreten und beschäftigt sich mit der obersteilischen Frage und mit den Sanktionen.
- Zum neuen preussischen Gesandten in Wien wurde Landrat Scheffer als dem preussischen Ministerium des Innern ernannt.
- Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag ist auf Sonntag, 18. September, nach Götting einberufen.
- Der deutsch-schweizerische Handelsvertrag ist vom schweizerischen Handelsminister Dr. Hotovitz unterzeichnet worden.
- Der Londoner „Daily Telegraph“ meldet, daß Schlichterin den Kriegszustand zwischen Rußland und Japan erklärt habe.
- In der italienischen Deputiertenkammer wurde ein gegen den Ministerpräsidenten Giolitti und den Außenminister Corcia gerichteter Mißtrauensvotum der Sozialisten mit 234 gegen 200 Stimmen abgelehnt.

### Schlusdienst.

#### Drahtnachrichten vom 28. Juni.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Berlin. In der Meldung, daß als Nachfolger des bisherigen Reichskommissars für die besetzten Gebiete Fürst Hapsfeld in Aussicht genommen sei, verlautet von zuständiger Stelle, daß es sich nicht um den früheren deutschen Wehrkommissar Fürst Hapsfeld handelt, sondern um den Fürsten Hapsfeld-Wildenburg, einen Sohn des früheren Reichskanzlers in London. Fürst Hapsfeld-Wildenburg ist Rheinländer und auf Schloss Großhof bei Altenkirchen ansässig.

#### Ablieferung des letzten deutschen Luftschiffes.

Berlin. Das Luftschiff „Hohenstein“ wird nach Italien abgeliefert werden. Mit seiner Überführung in die Luftschiffhalle von Capotone bei Rom wird Deutschland sein Zeppelinluftschiff mehr besitzen.

#### Kriegshobener Haftbefehl gegen Kaspereit.

Dalle a. S. Der Haftbefehl gegen den unabhängigen Landrat a. D. Kaspereit ist vom außerordentlichen Gericht in Rorbhausen aufgehoben worden, da der Verdacht, er sei an den Mordmord beteiligt gewesen, nach den neuen Zeugenaussagen nicht mehr besteht.

#### Hölz vor schließlichen Richtern.

Leipzig. Der kommunistische Bandenführer Hölz wird wegen seiner im sächsischen Vogtlande begangenen Straftaten, namentlich wegen der Niederbrennung und Verwüstung einer Anzahl Villen in Hohenstein, sich doch noch vor schließlichen Richtern zu verantworten haben, und zwar sollen sämtliche ihm zur Last gelegten Verbrechen und Vergehen zusammenfassend vor einem Gerichte verhandelt werden.

#### Abgeklärtes Flugzeug.

Dortmund. Das Luftfahrzeug „D. 18“ der Deutschen Luftreederei stürzte auf dem Fluge von Dortmund nach Braunschweig in der Höhe der Gortenslöh ab. Der Führer und sein Begleiter wurden schwer verletzt. Das Flugzeug ist zertrümmert.

#### Amerika hat zu viel Schiffe.

Paris. Die „Chicago Tribune“ aus New York meldet, daß der Vorsitzende des Schiffahrtsamtes angeordnet hat, daß zum 1. Oktober sämtliche Holzschiffe zerstört oder doch anderweitig über sie verfügt werden und daß alle anderen der Regierung gebührenden Schiffe an Private verkauft werden sollen. Er habe hinzugefügt, daß das Schiffahrtsamt monatlich 16 Millionen Dollar zusehe.

#### Die Tschener Frage.

Warschau. Der polnische Außenminister Skirmunt kündigte in seinem letzten Epöso den endgültigen polnischen Verzicht in der Tschener Frage an. Warschau meint, damit Prag so viel zu bieten, daß man den Beginn einer allslawischen Verbrüderungssära erwarten könne.

#### Wieder Revolution in Mexiko.

New York. Nach amerikanischen Blättern steht Mexiko vor einer neuen revolutionären Krise. Gegner des Präsidenten Obregon sollen eine halbe Million Dollar zu seiner Bekämpfung aufgebracht haben. An der Spitze der Bewegung steht General Pablo Gonzales. Truppenzusammenziehungen und kleine Kämpfe hätten bereits begonnen.

#### Verlehn gegen England.

Teheran. Der Schah hat das Parlament in Gegenwart des diplomatischen Korps und hoher persischer Würdenträger feierlich eröffnet und dabei mitgeteilt, daß der Vertrag mit England gescheitert sei und hat zugleich von der Unterzeichnung eines Vertrages mit Afghanistan und Sowjetrußland Mitteilung gemacht.

### Ein Saarstaat?

Aber den aufregenden Ereignissen der letzten Woche, über der Arbitration der obersteilischen Frage, dem drän-

genden Reparationsproblem und den innerpolitischen Angelegenheiten ist von der deutschen Öffentlichkeit kaum beachtet worden, daß der Völkerbundsrat in Genf vor wenigen Tagen Beschlüsse gefaßt hat, deren Ausführung eine Revision des Versailler Friedensvertrages bedeutet. Der Völkerbundsrat hatte sich mit den Beschwerden, die Deutschland gegen die Maßnahmen der im Saargebiete eingeleiteten Verwaltungskommission erhoben hat, beschäftigt und hat dabei Gelegenheit genommen, ganz neue Gesichtspunkte in die Saargefrage hineinzubringen. Er hatte den Präsidenten der Saarregierung, Herrn Kaoul, zur Besprechung der Fragen nach Genf berufen und hat dann im besten Einvernehmen mit diesem Herrn die deutschen Beschwerden zurückgewiesen. Beachtenswert erscheint es, die „Gründe“ zu betrachten, unter denen diese Zurückweisung vorgenommen wurde, und die ein so klares Licht über die „Unparteilichkeit“ des Völkerbundsrates werfen, daß es beinahe kaum beleuchtet werden kann.

Die von der Saarverwaltung zwangsweise verfügte Einführung der Frankenvährung wurde, obgleich der Friedensvertrag vorschreibt, daß sie nur in Übereinstimmung mit dem Willen der Bevölkerung vorgenommen werden dürfe, damit gerechtfertigt, daß die Aufstellung von zwei Staats, den einen in Frankfurt, den anderen in Metz, allzuviel Arbeiten notwendig mache. Als hätte Deutschland bei der Durchführung des Versailler Vertrages keine Arbeit ausnehmen müssen, und als gäbe ihm die Übernahme dieser Arbeit nicht ein Recht zu verlangen, daß auch der Vertragsgegner seine Verpflichtungen erfülle! Dann wurde, trotzdem der Friedensvertrag bestimmt, daß nur eine örtliche Gendarmerie, gebildet aus Saarbewohnern, im Saargebiet bestehen dürfe, das Vorhandensein einiger Tausend Franzosen neben dieser Gendarmerie damit gerechtfertigt, daß die guten Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten in den Saarbergwerken die Bevölkerung verhindern, sich in ausreichendem Umfange für die Polizeigruppe zur Verfügung zu stellen! Und die deutschen Beschwerden über das Verhalten der französischen Soldaten gegen die deutschen Bewohner des Saargebietes lehnte man gar mit der Begründung ab, daß französische Gerichte habe nur in einem einzigen Falle gegen das Verhalten eines französischen Soldaten einguzureifen brauchen. Auf den Gedanken, daß hieraus Schlüsse auf die Art und Weise der „Objektivität“ des Gerichts eher als auf das gute Verhalten der französischen Truppen zu ziehen seien, kam man in Genf natürlich nicht.

Aber schließlich wurde noch eine Entscheidung getroffen, die die anderen durch ihre Bedeutung wie durch die Sorglosigkeit, mit der sich der Völkerbundsrat zugunsten der französischen Befehlsmacht des Saargebietes über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinwegsetzt, in den Schatten stellt. Im Friedensvertrag nämlich ist vorgesehen, daß nach 15jähriger Befassung die Saarbewohner selbst durch Volksabstimmung darüber entscheiden, ob sie ihr Land aus dem Rahmen des Reiches herauslösen oder darin belassen wollen. Bis dahin sollte eine als neutral gedachte Verwaltungsbehörde die Angelegenheiten des Gebietes erledigen, das solange natürlich noch zum Reiche gehörte, denn von der Errichtung eines selbständigen Saarstaates ist im Friedensvertrage keine Rede. Ihn zu begründen hat sich der Völkerbundsrat in Genf vorbehalten. Er hat ein „Saarbürgertum“ zusammenkonstruiert, nach dem als Saarbürger zu gelten haben alle, deren Eltern oder die selbst im Saargebiet geboren wurden, alle, die ihren Wohnsitz am 11. November 1918 im Saarland hatten, und schließlich alle, die drei Jahre lang im Saarlande wohnen. Damit ist eine Verschärfung des Versailler Friedensvertrages eingetreten, auf Beschluß einer Institution eingetreten, die Wert darauf legt, sich als objektiv oder neutral zu bezeichnen. Denn, wenn es „Saarbürger“ gibt, so muß es natürlich auch einen Staat geben, dem diese Bürger angehören, einen Saarstaat. Seine Errichtung ist ein offensender Verstoß gegen die klaren Bestimmungen des Friedensvertrages und die deutsche Regierung dürfte deshalb, sobald ihr amtlich die Genfer Beschlüsse mitgeteilt sind, Anlaß nehmen, ihren Einspruch zu erheben. Welchen Erfolg er aber bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands haben wird, darüber darf man sich nach den geschichtlichen Proben von der Urteilsfähigkeit des Völkerbundsrates keinem Zweifel hingeben.

### Lloyd George und de Valera.

#### Neueste Entwicklung der irischen Frage.

Ein auffallender Schritt Lloyd Georges wird aus London gemeldet. Er hat an den Präsidenten der irischen Republik de Valera ein Schreiben gerichtet, in dem de Valera und seine Parteigenossen unter Gewährung freier Geleites eingeladen werden, nach London zu kommen, um dort mit dem Premierminister von Nordirland, Sir James Craig, jede Möglichkeit einer Lösung der irischen Frage zu prüfen. Das Schreiben fügt hinzu, die britische Regierung sei von dem heißen Wunsche befeuert, den vererblichen Streit zu beenden, der jahrhundertlang die Beziehungen zwischen den beiden Ländern England und Irland verdirbt, die in nachbarschaftlicher Harmonie leben sollten, und deren Zusammenarbeiten so bedeutungsvoll sein würde nicht nur für das britische Reich, sondern auch für die gesamte Menschheit.

In irischen Kreisen ist man keineswegs entsetzt über diesen Streifenfang; man meint, die jahrhundertelange Verbitterung, von der Lloyd George so rührend spricht, sei Schuld Englands, und man glaubt nicht, daß England sich jetzt ändern werde, nachdem es das 500 Jahre lang nicht getan habe. Zum mindesten erwartet man, daß Präsident de Valera über Lloyd Georges Friedensangebot keine Entscheidung fällen wird, bevor er mit den Sinnfeindvertretern die Sachlage beraten hat und zu einem gemeinsamen Beschlusse gekommen ist. Die Stimmung in Sinnfeindkreisen scheint durchaus nicht überwältigend günstig für den Vorschlag zu sein. Es soll jetzt das südirische Parlament zusammentreten, aber von den 28 Mitgliedern werden wohl nur vier zugegen sein. Die übrigen befinden sich im Gefängnis oder auf der Flucht. Eine Massenversammlung von Sinnfeindern fand in London auf dem Trafalgar Square statt. Es wurde gegen die irische Politik der englischen Regierung heftig protestiert und Lloyd Georges Brief wurde als ein Verstoß bezeichnet, die sehnsüchtige Politik der starken Faust vor den Augen der zivilisierten Welt reinzuwaschen, bevor im Juli das längstbefohlene militärische Blutbad beginne. In einem Telegramm aus Dublin weist der „Daily Herald“ darauf hin, daß de Valera keineswegs den Vorschlag zu einer gemeinsamen Konferenz annehmen könne. Er würde, wenn er sich mit Sir James Craig an den Verhandlungstisch setzte, dessen Autorität als Präsident von Nordirland anerkennen. In Wirklichkeit hat de Valera bei der letzten Wahl 77 Prozent aller Stimmen auf sich als republikanischer Führer vereinigt, während 80 Prozent aller Stimmen gegen eine Teilung des Landes in Nord- und Süd-Irland waren.

Den Teilnehmern an der irischen Konferenz, zu der Lloyd George geladen hat, wird freies Geleit zugesichert. Es heißt, daß General Smuts nicht ruhte, bis diese Einladung erging. Denn was nach Ablehnung dieser Einladung erfolgen wird, wird nicht viel weniger als ein irischer Massenmord sein. 200 000 Mann englischer Soldaten stehen in Irland bereit, die letzten Flämmchen irischen Nationalbewußtseins unter ihre Stiefel zu treten. Sie werden das um so lieber tun, wenn Irland die großmütige angebotene Hand der Verböhnung zurückgestoßen hat. Damit ist nämlich dann der Völkermord vor dem Tribunal des Völkerbundes usw. gerechtfertigt.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

#### Die Auflösung des Selbstschutzes.

Die formellen Bekanntmachungen der Reichsregierung über die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern, der Orts- und Grenzwachen in Ostpreußen und der Organisation Etscherich betonen, daß die im Ultimatum für die Auflösung gestellte Frist am 30. Juni abläuft. Die Eintragung im Register ist von Amts wegen zu löschen. Die Beteiligung an den aufgelösten Organisationen ist strafbar. Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglieder beteiligen, werden mit Gefängnis bis zu 50 000 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Festung bis zu gleicher Dauer bestraft.

#### Die Kosten der Rheinbefassung.

Gegenwärtig werden von Sachverständigen der verbündeten Regierungen die Kosten der Befassungsmannschaften im Rheinlande geprüft. Die Angelegenheit soll demnächst in London bei der Zusammenkunft der alliierten Finanzminister geregelt werden. In Belgien soll man der Ansicht sein, namentlich die Unterhaltungskosten für die englischen Soldaten seien zu hoch und müßten herabgesetzt werden. — Der amerikanische Staatssekretär für Kriegsangelegenheiten, John Weeks, kündigte offiziell an, daß die amerikanische Rheinarmee am 1. Oktober von 12 000 auf 5500 Mann verringert werden solle. Diese Herabsetzung sei durch Entscheidung des Kongresses bedingt, wozu die Truppenzahl des amerikanischen Heeres auf 150 000 Mann herabzubringen sei.

#### Handwerkertag in Hamburg.

Der Nordwestdeutsche Handwerkertag hat unter Beteiligung von 30 000 Werkern in Hamburg eine Sitzung abgehalten, an die sich auch ein Demonstrationzug anschloß. In der Delegiertenversammlung wurde das deutsche Handwerk aufgefodert, nur deutsche Waren und Halbfabrikate zu kaufen und zu verkaufen. Feinbuntdwaren dürfen in keiner deutschen Handwerksverfassung zu finden sein. Der Nordwestdeutsche Handwerkertag hält ferner eine grundsätzliche Nachprüfung der gesamten Reichs- und Landessteuererhebung für unbedingt erforderlich, insbesondere der Gewerbe- und Luxussteuer, um schwere volkswirtschaftliche Schädigungen, vor allem des Handwerks, zu verhindern. Weitere Entschlüsse richteten sich gegen das Pflanzverbot, das Wandergewerbe, das Borgunwesen, die südtischen Regiebetriebe. Die öffentliche Handwerkerversammlung erhob Protest gegen das angekündigte wirtschafts- und steuerpolitische Programm zur Durchführung des Ultimatus vom 10. Mai. Das Handwerk sei voll bereit, an der Erfüllung der Bedingungen, soweit es in seinen Kräften steht, mitzuarbeiten. Es wehrte sich aber mit Entschiedenheit dagegen, daß in